

FPÖ/Haslwanter/Telfs/Asylwerber/Lehrlinge

Innsbruck, am 17. November 2018

**Haslwanter: „Es ist eine strikte rechtliche Trennung zwischen den beiden Migrationsformen Flucht- und Arbeitsmigration einzuhalten.“**

**Utl.: FPÖ-Sozialsprecher im Tiroler Landtag nimmt zur Causa Abraham Okojie und der Position des Bürgermeisters von Telfs und anderer ÖVP-alt-Kommunal- und Landespolitiker Stellung.**

Die andauernde Diskussion bezüglich Abschiebung einzelner Asylwerber, die eine Lehre machen, nimmt FPÖ-Sozialsprecher LAbg. Patrick Haslwanter zum Anlass, darauf zu verweisen, dass die geltenden Bestimmungen im Jahr 2012 durch einen Erlass des damaligen SPÖ-Sozialministers Rudolf Hundstorfer in Kraft traten. „Derzeit sind österreichweit rund 34.000 anerkannte Schutzberechtigte als arbeitssuchend gemeldet, davon fast 1.300 Personen, die eine Lehrstelle suchen. Daher gilt es auch diese Personen, die einen positiven Abschluss des Asylverfahrens haben, verstärkt und schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dort Schwerpunkte und Angebote zu schaffen“, erläutert Haslwanter, der weiters ausführt: „Es ist eine strikte rechtliche Trennung zwischen den beiden Migrationsformen Flucht- und Arbeitsmigration einzuhalten. Eine Vermischung muss migrationsrechtlicher und migrationspolitischer Sicht vermieden werden“, konkretisiert der FPÖ-Politiker. „Volkswirtschaftliches Ziel muss es sein, anerkannte Schutzberechtigte in den Arbeitsmarkt rasch zu integrieren, daher ist die Position des Bürgermeisters von Telfs und anderer ÖVP-alt-Kommunal- und Landespolitiker absolut unverständlich und in Wahrheit integrationsfeindlich.“